Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 0.56 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 677.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 107. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 8. Mai 1930. | 12. Jahrgang.

Die Laster stritten, wer von ihnen
Am eifrigsten gewesen sei,
Dem Bösen in der Welt zu dienen?
Den Sieg erhielt — die Heuchelei.

Gleim.

Umschau.

„Hört die Signale!" — Spannungen überall. — Gandhi verhaftet. — Bürgerkrieg in China.

„Roter Mai, wir grüßen dich!" — Das war auch diesmal wieder der Klassenkampfgruß an den Mai. Glücklicherweise aber ist dieses Jahr aus dem „roten 1. Mai" nicht das geworden, was die einen von ihm erhofft und die anderen — nach den bedauerlichen vorjährigen Ereignissen — von ihm befürchtet hatten. Die Maifeiern sind im allgemeinen ruhig und ohne ernstliche Zwischenfälle verlaufen. Nichts aber wäre verkehrter, als aus dieser an sich erfreulichen Tatsache etwa den Schluß zu ziehen, als ob der Klassenkampfgedanke im Sterben läge. Der Klassenkampfgedanke an sich hat auch bei den diesjährigen Maifeiern wieder Orgien gefeiert, und der berüchtigte „Rotgardistenmarsch" spielte nicht nur auf den kommunistischen, sondern auch auf den sozialdemokratischen Veranstaltungen eine sehr bedeutsame agitatorische Rolle. Sogar die „Festrede" des religiössozialistischen Kultusministers Grimme im Berliner „Clou" (wo übrigens nicht eine einzige schwarzrotgoldene Fahne, sondern nur rote Fahnen zu sehen gewesen sein sollen) fand ihren Ausklang in dem gemeinsamen Gesang des „Rotgardistenmarsches" sowie des bekannten Klassenkampfliedes „Völker hört die Signale!"

Darüber hinaus haben die diesjährigen Maifeiern eine besondere Note durch die auffallend rührige Propagandatätigkeit des Freidenkertums erhalten. Die christliche Kirche wurde nicht nur durch unzählige „Festreden", sondern auch durch Sprechchöre und Flugblätter verhöhnt und in den Schmutz gezogen. So wurde z. B. — wie uns berichtet wird — jedem Teilnehmer an der Versammlung, in welcher der Berliner Reichsbannerführer Stelling sprach, von Mitgliedern der SPD ein Flugblatt in die Hand gedrückt, das die Ueberschrift trug: „Die deutsche Republik trägt statt der Freiheitsmütze den Bischofshut." Und dann heißt es:

„Ermanne Dich endlich, statt nur zu schimpfen und die Hand in der Tasche zu ballen! Tritt aus der Kirche aus und schließe Dich einer freigeistigen Organisation an! Aber verschiebe die Sache nicht länger! Du hast schon viel zu lange gewartet! Wenn Du nicht morgen aus der Kirche austrittst, tust Du es nie!"

Und der bekannte sozialdemokratische Reichsbannerführer Schützinger sagte auf einer anderen Maifeier-Veranstaltung, „die Macht der Armee des Proletariats müsse unermüdlich gestärkt werden; denn eins stehe fest: Nicht durch Gott, nicht durch Religion, sondern nur durch das Proletariat wird für das Volk der Aufstieg kommen!"

So schlägt die Gedankenwelt derer, die als die Hauptträger des neudeutschen „Pazifismus" zu betrachten sind und jede Demütigung seitens unserer Gegner mit innerster Genugtuung auf sich nehmen, immer deutlicher in eine systematische Propagierung des Bürgerkriegs und des Kampfes gegen die christliche Weltanschauung um, was alles mit einem wahrhaften und ehrlichen Pazifismus natürlich nicht das geringste zu tun hat.

Aber auch draußen in der Welt erleiden die Ideen eines, von falschen Voraussetzungen geleiteten, „Pazifismus" immer aufs neue wieder klägliche Zusammenbrüche. Nicht nur kommt es auf dem Balkan — hauptsächlich wegen der Mazedonienfrage — zu immer neuen Bluttaten, sondern auch in den russisch-polnischen Beziehungen ist es wegen des — glücklicherweise in letzter Minute vereitelten — Bombenanschlags auf die Warschauer Sowjetgesandtschaft zu einer Krise gekommen, die eine neue gefährliche Belastung für den europäischen Frieden bedeutet. Damit soll indessen nicht gesagt sein, daß eine akute russisch-polnische Kriegsgefahr bestünde; denn die Sowjet-Union ist ihrer heiklen innenpolitischen Zustände wegen zur Zeit kaum in der Lage, einen Krieg nach außen zu führen. Aber die Schärfe der russischen Protestnote läßt doch unzweideutig erkennen, daß in der russisch-polnischen Spannung eine Verschärfung eingetreten ist, die auf lange Sicht das Schlimmste befürchten läßt. Aber auch das französisch-italienische Verhältnis hat in den letzten Tagen eine weitere, sehr erhebliche Trübung erfahren. Und zwar haben die Franzosen die neuen Flottenbauten der Italiener zum Anlaß genommen, um in einer Reihe sehr aggressiver Presseaufsätze Stimmung gegen Italien zu machen. Aber die faschistische Presse ist die Antwort nicht schuldig geblieben. So schreibt z. B. das „Giornale d'Italia" als Antwort auf einen Aufsatz des „Temps" über das neue italienische Schiffbauprogramm:

„Die Argumentationen des „Temps" führen uns zu zwei Feststellungen. Sie bestätigen, daß Frankreich nunmehr endgültig in seinen Berechnungen die politische Freundschaft mit Italien ausschließt. Man kann mißtrauisch über die Rüstungen eines Feindes sein, aber nicht über die eines Freundes. Frankreich spricht Italien das Recht zum Rüsten ab und spielt sich zum Richter über Italiens Rechte und Interessen auf, während es Südslawien mit Waffen beliefert und die Entwicklung der Streitkräfte in der Tschechoslowakei und in Südslawien fördert. Dies läßt offenkundig auf aggressive Absichten schließen. Indem der „Temps" Italien einer angeblich gefährlichen imperialistischen Politik bezichtigt, will er vor allem ein Alibi schaffen, um die Augen der Welt von den fieberhaften und drohenden Rüstungen seiner unruhigen Trabanten abzulenken."

Das sind bittere Wahrheiten, die sich Frankreich von Italien sagen lassen muß. Aber doch eben Wahrheiten. Frankreich versteht es im allgemeinen ja vortrefflich, seine eignen imperialistischen Ziele hinter einem Schwall von pazifistischen Phrasen und Konstruktionen zu verstecken, wie z. B. hinter der Briandschen Paneuropa-Idee, die in letzter Zeit wieder so auffällig viel von sich reden machte. Leider gibt es — ausgerechnet in Deutschland — auch heute noch Leute, die Briands Paneuropapläne für bare Münze halten und des sehr realen Machtgedankens nicht gewahr werden, der hinter diesen an sich bestechenden Konstruktionen lauert. Frankreich befindet sich nämlich gewissermaßen in einer Zwangslage. Die schönen Reden der französischen Staatsmänner über Frankreichs Friedensliebe und Edelmut haben längst ihre bestrickende Durchschlagskraft verloren. Die riesigen Rüstungen Frankreichs zu Wasser, zu Lande und in der Luft reden eine wesentlich andere Sprache. Alle Welt weiß heute, daß Frankreichs Machthunger eine sehr ernste Gefahr für die Welt bedeutet. Aus diesem Grunde sieht sich Frankreich immer mehr isoliert. Und so wirft Briand mit erhöhtem Eifer seinen Plan von den „Vereinigten Staaten Europas" (natürlich unter französischer Vorherrschaft!) in die Debatte. Auf diese Weise hofft die französische Staatsführung, mit einer zweifellos verlockenden pazifistischen Geste einen Staatenblock zu schaffen, der Frankreichs Machtposition für alle Zeiten garantieren soll. „Bundespolizei aller Staaten", „Zollfrieden" (selbstverständlich auf Kosten der durch die Kriegstribute stark vorbelasteten deutschen Volkswirtschaft!) — das sind faszinierende Schlagworte, die auf weite Kreise des deutschen Volkes ihre Zugkraft nicht verfehlen. Denn auf Deutschland kommt es Briand bei seinem Paneuropa-Vorstoß in allererster Linie an. Denn von Italien hat Briand bereits eine sehr eisige Ablehnung erfahren, England scheidet als ausgesprochenes Weltreich von vornherein aus, und das kommunistische Rußland denkt natürlich nicht daran, sich Briands Programm zu eigen zu machen. Hat Briand aber Deutschland, dann hat er das Herz Europas mitsamt den östlichen und südöstlichen Randstaaten, die heute schon mehr oder weniger nichts anderes mehr sind als französische Vasallenstaaten. Es wäre dann ein zusammenhängender Staatenblock geschaffen, der Frankreichs Machtstellung geradezu unerschütterlich gestaltete. Aber Deutschland hat nach all den Knebelungen und Demütigungen, die es seit Versailles über die Rhein- und Ruhrtragödie bis hin zu den gegenwärtigen Saar-„Verhandlungen" von Frankreich hat erleiden müssen, keinen Grund, sich für ein Programm einfangen zu lassen, das theoretisch nicht ohne gewisse Reize ist, praktisch aber nichts anderes als krasser französischer Imperialismus bedeutet. Wir haben keine andere Antwort auf Briands Vorschläge, als die, daß wir zunächst Deutsche und dann erst Europäer sind.

Inzwischen hat die indische Freiheitsbewegung ein derartiges Ausmaß erreicht, daß sogar verschiedene Regimenter von ihr ergriffen wurden und zu meutern begannen. Das mag wohl der Hauptanlaß gewesen sein, daß sich England zur Verhaftung Gandhis entschloß und auf diese Weise die englisch-indische Machtprobe aufs äußerste steigerte. Gandhi ist zum Märtyrer einer Freiheitsbewegung geworden, die sich in Anbetracht ihres mangelhaften machtpolitischen Unterbaues zwar vorerst noch nicht zu einer Katastrophe für das britische Weltreich auswachsen wird, die aber andererseits mit Gandhis Einkerkerung in die Gefängniszelle von Jaroda sicherlich keinen Dämpfer, sondern einen weiteren Auftrieb erfahren hat.

Auch in China ist es wieder zu blutigen Unruhen gekommen. Die Generäle Yen und Feng haben in Peking eine Sonderregierung ausgerufen und abermals den Bürgerkrieg gegen die offizielle Nanking-Regierung (Tschiangkaischek) vorgetragen. Nach Meldungen aus Schanghai sind die Maschinengewehre und Bombenflugzeuge bereits in voller Tätigkeit. Wer von den vielen rivalisierenden Generälen in China endgültig die Herrschaft an sich reißen wird, steht dahin. Aber eins darf man wohl wünschen: daß dem schwer heimgesuchten chinesischen Volke baldigst die Ruhe geschenkt sein möge, die es nötig hat, um nach all den harten Bürgerkriegszeiten seine inneren und äußeren Verhältnisse tatkräftig und ungestört stabilisieren und weiter ausbauen zu können.

H.

Kommunismus, Sozialismus, Theïsmus.

Von Hermann Leitz.

(Schluß.)

Wir sind nun aber bereits stark „sozialisiert". Wieviel Selbständigkeit und Besitz haben noch zu verlieren: die Massen der Fabrikarbeiter, der Beamten und Angestellten? Fabriken, Bergwerke, Eisenbahn, Post, Schulen, Krankenhäuser, Erholungshäuser, Internate, Kasernen — was sind sie in Wirklichkeit anderes als ohne weiteres sozialisierungsfähige Betriebe? Ko*) und So*) sind also zunächst Wirtschaftssysteme, die sich durchaus aus der „ökonomischen Entwicklung" ableiten lassen. Gibt es gewichtige Gründe, die den Christen veranlassen sollten, die Wirtschaftsform des Gegenwartskapitalismus mit Trust und Konzern für gerechter zu halten als die des Sozialismus? Ich begreife das!

Ko und So wollen jedoch nicht nur die Sozialisierung der Produktionsmittel. Der Ko kennt überhaupt keinen persönlichen Eigentumsbegriff. Der Bürger des kommunistischen Staatswesens kann und darf nichts sein eigen nennen: kein Kind, kein Möbel, kein Kleid, kein Buch. Es kann ihm jederzeit genommen oder verwehrt werden von den Ordnungsbeamten. (Ohne Ordnung und Aufsicht ist nichts weniger möglich als ein kommunistischer Staat.) Wie sehr jedoch gerade der praktische Ko abhängig ist von der Gesinnung und sittlichen Reife seiner Führer und deren Beauftragten, zeigen mit einiger Deutlichkeit die Vorgänge in Sowjetrußland. Das schöne Lied von der idealen Demokratie (Volksherrschaft) ist ein verlogenes Lied. Wie kann ein Mensch, der Menschen kennt — selbst wenn sie gerade keine „Bestien" sind — wähnen, ein Volk könne bestehen ohne Regiment und Aufsicht von wenigen über viele! In solchem Wahn halten aber die Führer des Ko und So ihre Anhänger. Sie sagen: Verhelft uns nur erst einmal zur Macht und dadurch zum praktischen So, dann kommt der allgemeine Glückszustand von selbst.

Kautsky hält übrigens die Sozialisierung der „Mittel des persönlichen Verbrauchs, Lebensmittel, Möbel usw." nicht für eine unter allen Umständen notwendige Folge der Durchführung des soz. Programms. Aber: „in der geschichtlichen Entwicklung spielt das Unerwartete die größte Rolle"! Man hat auch nicht die Absicht, die ökonomische Entwicklung, die zur Sozialisierung zwinge, aufzuhalten; im Gegenteil. Auch will man z. B. die Frau nicht herausnehmen aus dem Wirtschaftsgetriebe und ganz ihrer Familie zurückgeben; im Gegenteil. „Die Entwicklung wird fortfahren, nach wie vor eine der Arbeiten des Haushaltes nach der andern in Arbeiten besonderer industrieller Betriebe zu verwandeln. Die Frau aus einer Arbeiterin im Einzelhaushalt zu einer Arbeiterin im Großbetrieb zu machen." Und „in der sozialistischen Gesellschaft vollzieht sich die Auflösung der heutigen Familienform nur in dem Maße, in dem sie von einer höheren verdrängt wird." „Man kann aber nicht voraussehen, geschweige willkürlich bestimmen, welche Formen die neue Gesellschaft annehmen werde."

Man sieht, Ko und So sind mehr als bloße Wirtschaftssysteme. Ko und So umfassen bewußt das ganze menschliche Dasein. Ko und So sind Weltanschauungssysteme. Rußland beweist es. Presse und Praxis des Ko und So der übrigen Länder verheimlichen es nicht.

Der „wirkliche" Ko und So sind überdies in Dogma und Praxis bewußt religionsfeindlich. Sie bauen auf die natürliche Güte des Menschen und ignorieren den lebendigen Gott. Gut, d. h. daseinsberechtigt ist nur der widerspruchslose, gehorsame Anhänger des Ko oder So; alle anderen sind schlecht und müssen ausgerottet werden.

*) Ko (Kommunismus). So (Sozialismus).

Gott und jede religiöse Aeußerung und Betätigung werden bei uns in Deutschland verachtet, in Rußland mit tödlichem Haß verfolgt. August Bebel hat die Stellung des So zur Religion so formuliert: „Christentum und So stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser. Daher muß das Christentum abgeschafft und vernichtet werden. Der Sozialismus will nicht eine neue Religion suchen, sondern er ist gegen jede Religion."

Und das ist es, was für uns entscheidend ist: die „zwei großen internationalen Bewegungen" des Ko und So, die heute die Gewalt über die Massen haben, sind keine bloßen wirtschaftlichen Bewegungen zur gerechten Regelung der Arbeitsverhältnisse, sondern sie sind Bewegungen mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats und einer völlig widerchristlichen Gesellschafts- und Lebensgestaltung. Ko und So sind (der englische So soll eine Ausnahme bilden) religionsfeindliche Weltanschauungsparteien! Aus dem Kampf um das Recht des Arbeiters, der seines ausreichenden Lohnes wert ist, haben ihre Führer einen Kampf gegen jede bestehende Ordnung in Staat und Kirche gemacht. Vielleicht, weil Staat und Kirche ihre Pflicht versäumt haben! Weil Staat und Kirche bis heute den Besitzenden sich mehr verpflichtet fühlen als den Nichtbesitzenden!

Ich verstehe also auch diesen Kampf des Ko und So; denn: „Alles hat einen Grund." Und dennoch: der so erkannte „wirkliche", d. h. tatsächlich wirksame Ko und So muß von uns Christen abgelehnt werden. Weil er gottesfeindlich ist, kann er zwar ein despotisches Regiment aufrichten, aber was er wirkt, bringt Zerstörung und Auflösung, niemals aber wahren Ko und So, wie er im Reiche Christi verwirklicht sein wird. Ja, es ist so: Der Ko und So ist, so wie er geworden ist, eine ungeheure Irreführung und entsetzlicher Betrug der nach Freiheit und Glück hungernden Massen. Ob sich dessen die Führer bewußt sind, weiß ich nicht. Jedenfalls ist die maßgebende Mehrheit der Führer des Ko und So religionsfeindlich und antichristlich eingestellt. Bedeutsam ist auch die große Rolle, die gottlose Juden im Ko und So spielen. Ein bibelgläubiger Christ sieht in der Gottfeindschaft des Ko und So die Wirksamkeit des „Fürsten der Finsternis."

Aber gerade, weil der gläubige Christ so klar die äußeren und inneren Zusammenhänge erkennt und versteht und obwohl er deswegen Ko und So in ihrer parteipolitischen Gestalt verneinen muß, rückt er nun nicht etwa innerlich pharisäisch ab von dem kommunistischen und sozialistischen Menschen. Nein, diese Menschen muß er lieben. In wirtschaftlichen Dingen hilft er ihnen zu ihrem Recht, in sittlichen und religiösen Dingen zeugt er für die Wahrheit (vergl. Christl.-sozialen Volksdienst!?)).

„Haltet euch herunter zu den Niedrigen," lautet die neutestamentliche Forderung. Haben das die Reichen, die Könige, die Staaten befolgt? Ko und So sind die imposanteste Anklage des Namenchristentums. „Um euretwillen wird der Name Gottes gelästert!"

Die Christgläubigen aller Kirchenparteien sehen im Aufmarsch von Ko und So den Aufmarsch des längst angekündigten Antichrists und ein Zeichen für die nicht weniger deutlich vorausgesagte Wiederkunft Jesu Christi und die Offenbarung seines Reiches. Sie wissen, daß nur in diesem Reiche und unter der Herrschaft seines Geistes wahrhaftige Freiheit und Gerechtigkeit, vollkommener Friede und innerstes Glück gedeihen können und werden.

Doch, obwohl sie das wissen, obwohl sie alles Heil allein von ihrem himmlischen Herrn erwarten, wissen sie sich verpflichtet als die Interessenvertreter dieses Herrn auf dieser Erde. Sein Geist und seine Liebe treibt sie auf die Seite der Armen und Unterdrückten, der Entrechteten, Besitzlosen, Arbeitslosen, Heimatlosen und von Gott Losen. Ihr Herz gehört den Elenden und den Rechtlosen. Denen, die die Pharisäer liegen lassen, die die Reichen vor ihrer Tür verhungern lassen. Und wenn jene Beraubten und Verhungerten Kommunisten und Sozialisten heißen — dann erst recht. Denn wir alle sind mit schuld an dem Sieg des Ko und So. Denn wir alle haben Jesu Wort nicht erfüllt: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!". Darum müssen wir Buße tun.

Die Wahrheit treibt uns weg von Ko und So. Die Liebe treibt uns hin zu ihren Menschen. Das ist Torheit für die einen, Aergernis für die andern. Damit stoßen wir uns rechts und stoßen uns links. Was tuts? Wir gehen Gottes Weg. Der führt uns wider Lüge und Irrtum. Der führt uns zu den Betrogenen und Irrenden. Da lernen wir flehen: „Dein Name werde geheiligt, Dein Reich komme, Dein Wille geschehe wie im Himmel also auch auf Erden!" —

Machtkampf in Indien.

— Berlin, 7. Mai.

Lord Macaulay, ein englischer Staatsmann und Geschichtsschreiber, der zwischen 1832 und 1840 als Sekretär des Ministeriums für Indien und in Indien als Gouverneur wirkte, schrieb damals, wenn Englands indische Untertanen einmal europäische Rechte fordern würden, dann werde das der stolzeste Tag in der britischen Geschichte sein.

Heute ist es soweit. Englands indische Untertanen fordern europäische Rechte und — stoßen damit in London auf Widerstand. Gleichzeitig zeigen die Ereignisse aber auch, daß Indien entschlossen ist, seine Forderungen im Kampfe durchzusetzen und daß es sich, wenn England ihm schon die Freiheit nicht schenken will, die Freiheit holen wird. Berechtigt glaubt Indien zu seinem Vorgehen zu sein, einmal, weil es ein altes Kulturland ist, zum andern, weil England, als es 1914 die indischen Regimenter gegen Deutschland und für die „Freiheit der Völker" in den Krieg schickte, Indien die Gewährung der Selbstverwaltung in Aussicht gestellt hat.

Nun beteuert zwar London auch heute noch seine grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Erhebung Indiens zum Dominion. Solange sich die englische Regierung aber weigert, einen Termin für die Ausführung dieser Pläne zu nennen, solange ist diese englische Bereitwilligkeit für Indien nur ein leeres Versprechen.

Als Gandhi am 12. März 1930 mit 79 Jüngern aus Ahmedabad zum Kampf gegen das Salzmonopol aufbrach, von Tausenden und aber Tausenden umjubelt und mit Blumen bekränzt, lachte man in London, und die „Times" sprach von dem Feldzug des bürgerlichen Ungehorsams als von einer Komödie und einer Angelegenheit amüsanter Neugier. Die Lust zum Spott wurde größer, als die Hälfte der Gefolgschaft Gandhis unter den Einwirkungen der sengenden indischen Sonne den Marsch aufgab.

Inzwischen hat man sich auch in London davon überzeugen müssen, daß die indische Protestbewegung einen sehr ernsten Charakter hat. Schon am 11. April floß Blut in Indien, gab es Tote und Verwundete. Wenige Tage später wurde in der Hafenstadt Karatschi im Nordwesten Indiens das Gerichtsgebäude gestürmt usw., bis dann in Tschittagong im Nordosten Maschinengewehre knatterten und in Peschawar Straßenkämpfe tobten, wobei indische Truppen sich weigerten, auf ihre Volksgenossen zu schießen.

Damit es keine Mißverständnisse gibt: Selbstverständlich wird England Herr der Lage bleiben und den Indern, wenn es hart auf hart geht, ihre dünnen Knochen zerbrechen. Aber schließlich ist England nicht in Indien, um die Inder totzuschießen, sondern es will ihnen Waren verkaufen und indische Erzeugnisse in Europa absetzen. Das aber ist unmöglich, wenn Indien von Unruhen erschüttert wird. Schon hört man davon, daß die europäischen Ausfuhrfirmen von ihren Vertretern in Indien gewarnt werden, Waren abzuschicken, weil es schwer halte, unter den augenblicklichen Umständen europäische Produkte in Indien abzusetzen.

Mit der Verhaftung Gandhis hat nun ein neues Kapitel der englisch-indischen Auseinandersetzungen begonnen. Jetzt handelt es sich darum, wer stärker ist, England mit seinen Maschinengewehren und Bombenflugzeugen, oder Indien mit der Waffe des Boykotts.

Die Stärke der Kämpfer ist von Deutschland aus nicht zu beurteilen. Sämtliche Nachrichten über Indien entstammen englischen Quellen, außerdem müssen sie die Zensur der britischen Indienverwaltung passieren. Daß aber die Aufstandsbewegung gegen England schon weiteste Kreise ergriffen haben muß, geht schon daraus hervor, daß die Unruhen sich über das ganze Land erstrecken, Meutereien in den Truppen vorgekommen sind, und daß selbst solche Führer in die Gefängnisse geworfen wurden, die als Anhänger des Gedankens einer Verständigung mit England bekannt waren.

Wohin der Machtkampf, der jetzt offen entbrannt ist, führen wird, ist schwer vorauszusehen. Die blutigen Kämpfe der letzten Wochen zeigten, daß sich an der Gandhi-Bewegung des passiven Widerstandes schon eine radikalere des aktiven Widerstandes und des Barrikadenkampfes entzündet hat. Unübersichtlich wird die Lage ferner dadurch, daß fast alle indischen Führer sich in Haft befinden.

Hinsichtlich der Bedeutung der indischen Krise kann man Lloyd George, dem englischen Ministerpräsidenten während der entscheidenden Monate des Weltkriegs, darin zustimmen, daß es bei der indischen Krise um das Schicksal des englischen Weltreichs geht. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß die endgültige Entscheidung in Indien schon in dieser Zeit fallen wird. Sehr wahrscheinlich bilden auch die neuen Kämpfe nur eine Etappe in dem langwierigen Prozeß der Befreiung Indiens, und ihr schließliches Ergebnis wird lediglich eine neue Zwischenlösung sein, eine Zwischenlösung allerdings, deren Inhalt durch den Ausfall der Machtprobe bedingt sein wird.

Kommt die Steuersenkung?

Bayerns Finanzminister glaubt noch nicht recht daran.

Im bayerischen Landtag legte Finanzminister Dr. Schmelzle den Staatshaushalt für 1930 vor. In seiner Rede ging er davon aus, daß mit der Fehlbetragwirtschaft der letzten Jahre gebrochen und der Haushalt ausgeglichen werden müsse. Der außerordentliche Haushalt für 1930 weist in Einnahmen und Ausgaben rund 94,73 Millionen Mark auf. Der ordentliche Haushalt zeigt bei rund 835,6 Millionen Mark Einnahmen einen Fehlbetrag von 21,8 Millionen Mark.

Zur Fehlbetragsabdeckung soll eine weitere Verminderung der kleinen Amtsgerichte, ferner ein Abbau und eine Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben erfolgen. Außerdem wird die Einführung einer Schlachtsteuer vorgeschlagen, die auf den Kopf der Bevölkerung eine Belastung von etwa zwei Mark im Jahre beträgt.

Zur Reichsfinanzpolitik bemerkte der Minister u. a., es gebe niemanden, der nicht eine Senkung der Steuer aufs innigste wünschen möchte. Dagegen gebe es viele, die daran zweifeln, ob schon im Jahre 1931 eine Senkung in dem vom Reichsfinanzminister in Aussicht genommenen Ausmaße tatsächlich möglich sein werde.

Bei den Ländern und Gemeinden lägen die Verhältnisse so verschieden, daß weder ein allgemein gleich dringendes Bedürfnis nach einer Senkung dieser Steuern anerkannt noch eine solche Senkung durch einen Eingriff des Reiches ohne Schaffung neuer großer Verschiedenheiten herbeigeführt werden könne.

Wer aber hoffe, die Ausgaben der Länder und Gemeinden durch Beschlüsse des Reichstags oder durch ae-

Bericht über die Jubiläumstagung

des Reichsverbandes deutscher evangel. Schulgemeinden vom 5. bis 7. April 1930.

Die Jugendjahre sind von besonderer Bedeutung, weil sich da in der Regel die grundlegende Entwicklung des Menschen vollzieht. Das gilt auch von einer geistigen Bewegung. Daher verdient die Jubiläumstagung des Reichsverbandes eine ganz besondere Beachtung. Die überraschend große Zahl der auswärtigen Vertreter aus den 17 Landes- und Provinzialverbänden, in denen zur Zeit 1100 Schulgemeinden vorhanden sind, zeugte von der großen Ausdehnung und Bedeutung, die die Bewegung bereits in wenigen Jahren erreicht hat.

Die Tagung wurde eröffnet durch eine biblische Ansprache von Herrn Hauptlehrer Klein, Kaan-Marienborn, dem Vorsitzenden des Gaues Siegerland, die grundlegend den Geist der Tagung kennzeichnete.

Herr Stadtdirektor Buchholz Elberfeld, der Vorsitzende des großen Reichsverbandes, hatte recht, wenn er in seinen Begrüßungsworten ausführte: Als wir vor 10 Jahren unseren Verband gründeten, konnten wir nicht erwarten, daß wir in so kurzer Zeit zu einem solchen Exponenten einer machtvollen Bewegung geworden wären. Es ist eine Bewegung entstanden, auf die man ernstlich achtet. Abgestimmt war die ganze Tagung auf das Generalthema: „Deutsche Familie in Not." Es muß in freudiger Anerkennung festgestellt werden, daß alle Referenten es verstanden haben, zu diesem Generalthema überaus wertvolle, grundsätzliche, klare Gedanken beizutragen. Der Sonnabendnachmittag galt in besonderer Weise einer geschichtlichen Rückschau, um aus der Schulgeschichte heraus Notwendigkeit und Zielsetzung der Schulgemeindebewegung nachzuweisen. Der Verbandsdirektor der Bewegung, Herr Rektor a. D. A. Grünweller, Rheydt, schälte die Schulgemeinde-Idee im Wandel der Zeit heraus, indem er über die Formation der Schulgemeinde (ihre Urbildung), die Deformation der Schulgemeinde (ihre Verbildung) und die Reformation der Schulgemeinde (ihre Neubildung) sprach und nachwies, wie durch die neue Reichsverfassung dem Dörpfeldschen Schulverfassungsideal, auf das sich die Schulgemeindebewegung gründet, grundsätzlich freie Entfaltungsmöglichkeit verschafft würde. Die Schulgemeindebewegung jagt daher keinen utopischen Zielen nach, sondern entwickelt sich auf durchaus realer Grundlage, und schon die kurze Geschichte der Bewegung hat so viele bedeutsame und wertvolle Früchte gezeitigt, daß jeder Einsichtige erkennen kann, daß wir in unserem Volke nur dann zu einem gesunden und gerechten Schulfrieden kommen werden, wenn sich die in der Schulgemeindebewegung erstrebte Schulverfassung, aufgebaut auf Elternrecht und Gewissensfreiheit, auswirken kann. Idee, Charakter und Glaube sind stets die vornehmsten Grundmotive der Bewegung gewesen und sie werden uns auch in den vor uns liegenden Kämpfen weiterhin Wegweiser sein.

Ein glücklicher Gedanke war es, einen Kenner der russischen Verhältnisse, Herrn Prof. Th. Schlarb aus Gießen, in der Abendversammlung referieren zu lassen über das Thema: „Familie und Schule im heutigen Rußland." Wenn man heute auch schon durch das starke Eingehen der deutschen Presse auf russische Verhältnisse sich ein Bild machen konnte über die russischen Zustände, so legten die Ausführungen des Referenten in überaus sachlicher Weise die Quellen bloß, die aus dem Abendland nach Rußland hineingeströmt sind. Er zeigte das Ziel des Bolschewismus, das ein bis zur äußersten Konsequenz durchgeführtes Losgelöstsein von Gott erstrebt. Aus dem heranwachsenden Kinde soll der „freie" Herrenmensch gezüchtet werden. Man hat erkannt, daß man die Jugend erfassen muß, um ein neues Menschengeschlecht heranzubilden, sei es auch unter Opferung einer ganzen Generation Menschen. Prof. Schlarb schloß seine Ausführungen mit der Mahnung, daß wir in Deutschland gar keine Veranlassung hätten, uns in anmaßendem Urteil über die dortigen Verhältnisse zu erheben; er stellte seinen Zuhörern das Bild aus Joh. 8, 7 vor Augen.

Hatte Herr Prof. Schlarb die russische Familie und Schule in ihrer großen Notzeit uns vor Augen geführt als eine Mahnung für das deutsche Christenvolk, so zeigte Herr Direktor Heitmüller, Hamburg, in der nächsten Festversammlung am Sonntag nachmittag im Anschluß an Neh. 1, 2 und 2, 17 die ungeheure Not, in der die deutsche Familie sich befindet. Unsere Zeit ist eine Zeit des moralischen Niedergangs; drei Quellen sind es, aus denen die Not unseres Volkes kommt, erstens die gesteigerte Selbstsucht, zweitens die rücksichtslose Habsucht und drittens die maßlose Genußsucht. Wir haben als Gemeinde Christi die Pflicht, die unter die Mörder gefallene deutsche Familie zu retten, deshalb hinaus aus einem engen, falsch verstandenen Quietismus und hinein in den Dienst am Volke.

Am Sonntagabend sprach vor einer großen Festversammlung in der Altreformierten Kirche zu Elberfeld Herr Direktor Pastor Schneider aus Neukirchen (Kreis Mörs) über die Grundsätze der christlichen Erziehung. Das Fundament aller christlichen Erziehung muß die Bibel, das Wort Gottes, sein, das Ziel aller christlichen Erziehung, die Kinder dem Heiland zuzuführen, und die Methode, den Kindern Jesus anschaulich vor die Seele zu malen. Diese Grundsätze der christlichen Erziehung sind von jeher auch die Grundsätze der evangelischen Schulgemeindebewegung gewesen und werden sie, will's Gott, auch weiterhin bleiben.

Am Montagmorgen tagte die Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes deutscher evangel. Schulgemeinden der Lehrer- und Lehrerinnenvereine. Im Anschluß an ein Referat von Herrn Rektor Spaeder wurden die nachfolgenden beiden Entschließungen einmütig angenommen:

Wir sprechen uns gegen die Abschaffung der Zensuren für Betragen, Fleiß und Aufmerksamkeit in den Zeugnissen der Volksschule aus folgenden Gründen aus:

1. Das Bestreben, die genannten Zensuren abzuschaffen, beruht auf der Auffassung, daß die Erziehung sich jeder aktiven Einwirkung auf das Willens- und Triebleben des Kindes enthalten müsse, damit sich dasselbe völlig ungehemmt von fremdem Einfluß entwickeln könne. Diese Ansicht verkennt völlig die auch in der Kindesnatur vorhandene Veranlagung zum Bösen und widerstreitet darum der Grundauffassung einer wahrhaft christlichen Pädagogik.

setzliche Festsetzung einer obersten Grenze oder durch Kontingentierung der Ueberweisungssteuern auf die Dauer einschränken zu können, der würde sich bald von der Unausführbarkeit solcher Gedanken überzeugen müssen.

Groener erläutert den Wehretat.

Vor dem Haushaltsausschuß. — Schärfste Bekämpfung aller Zersetzungsversuche.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags wandte sich im weiteren Verlauf seiner Etatsarbeiten der Beratung des Haushaltsplanes des Reichswehrministeriums zu. Als Berichterstatter betonte der Sozialdemokrat Stücklen, erhebliche Ersparnisse im Wehretat seien nur dann möglich, wenn man von dem Grundsatz, alle Möglichkeiten des Versailler Vertrags auszuschöpfen, abgehe. Als Mitberichterstatter verwies der Zentrumsabgeordnete Erfing demgegenüber auf die Zwangsläufigkeit der Wehrausgaben.

In der Debatte

betonte der Demokrat Külz, man müsse zu dem Reichswehrminister Vertrauen haben. Nicht angängig sei, daß ausgeschiedene Offiziere sich in revolutionären Parteien betätigten. Der Volksparteiler Cremer fragte, ob der Andrang zur Reichswehr noch so stark sei wie früher. Der Wirtschaftsparteiler Sachsenberg forderte die volle Ausnutzung aller uns nach dem Versailler Vertrag offenen Möglichkeiten. Der Sprecher der Deutschnationalen, Schmidt-Stettin, äußerte sich zur Frage der Garnisonverlegungen.

Alsdann forderten der Sozialdemokrat Schöpflin und der Zentrumspolitiker Dr. Köhler Aufklärung über die Gerüchte über angebliche Geheimrüstungen. Abg. Schöpflin bemerkte dabei, wenn der Wehrminister keine Auskunft gebe, werde seine Fraktion im Reichstagsplenum vom Kanzler Aufklärung verlangen.

Reichswehrminister Groener

führte in seiner Erwiderung aus, der Wehretat, bei dessen Aufstellung es an Selbstkritik nicht gefehlt habe, sei vom gesamten Kabinett gebilligt worden. **Der Reichswehrminister habe im übrigen auch gar keine Möglichkeit, eine Sonderpolitik treiben zu können. Bei Maßnahmen z. B., die außenpolitische Wirkungen haben könnten, sei er von der Zustimmung des Außenministers abhängig.**

Minister Groener behandelte danach die einzelnen Positionen des Etats, setzte sich für die Beibehaltung der Herbstmanöver im Interesse der Schulung des Heeres ein und bezeichnete es als unmöglich, ganz allgemein einen bestimmten Prozentsatz des Mannschaftsstandes zu Offizieren zu befördern. Selbstverständlich solle aber auch in Zukunft dem Offizierkorps durch Beförderung bewährter Unteroffiziere frisches Blut zugeführt werden. Zur Frage der Zersetzungsversuche erklärte der Reichswehrminister:

„Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß ich rücksichtslos allen Versuchen, den Gehorsam der Reichswehr zu untergraben, entgegentreten werde, und daß ich kein Mittel scheuen werde, um alle Versuche, innerhalb der Reichswehr die Disziplin zu gefährden, völlig unmöglich zu machen. Eine Wehrmacht, die nicht absolut aufgebaut ist auf bedingungslosem Gehorsam, taugt nichts."

Zum Schluß machte Minister Groener noch vertrauliche Ausführungen über die Gerüchte über deutsche Geheimrüstungen. Der Haushaltsausschuß nahm dann noch verschiedene Anträge entgegen und führte die allgemeine Aussprache zum Abschluß.

Nuntius Orsenigo bei Braun.

Preußens Beziehungen zum Vatikan.

— Berlin, 7. Mai.

Der neue Nuntius in Berlin, Orsenigo, der dieser Tage dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreichte, stattete nunmehr auch dem preußischen Ministerpräsidenten Braun seinen Antrittsbesuch ab. In seiner Ansprache bezeichnete Nuntius Orsenigo das Konkordat als einen klaren Beweis der guten Beziehungen zwischen dem preußischen Staat und dem Heiligen Stuhl. Er sei überzeugt davon, daß es an Gelegenheiten, welche die Wohltaten des Konkordats in volles Licht stellen werden, nicht fehlen werde.

Ministerpräsident Braun gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Geist der gegenseitigen Unterstützung, der Duldsamkeit und Toleranz auch weiterhin im Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und den politischen Faktoren des preußischen Staates lebendig sein werde.

Zentrum und Kabinett Brüning.

Eine Entschließung der westfälischen Zentrumsorganisation.

— Dortmund, 7. Mai.

Die westfälische Zentrumsorganisation bekannte sich in einer Entschließung zu dem Gedanken einer weitblickenden Außenpolitik, die der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands, der Rückgliederung des Saargebietes und dem Weltfrieden dient. Zum Kabinett Brüning habe die Parteiorganisation das Vertrauen, daß es alles daran setzen werde, daß die darniederliegende Wirtschaft gesundet und den schwerbelasteten Volksmassen mit lebendigem sozialen Empfinden Hilfe gebracht wird.

Der Hochverrat im neuen Strafrecht.

Zweite Lesung des Strafgesetzbuchs im Ausschuß.

— Berlin, 7. Mai.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags begann die zweite Lesung des neuen Strafgesetzbuches. Der Ausschuß beschäftigte sich zunächst mit den Hochverratsparagraphen. Der Berichterstatter, Abgeordneter Landsberg (Soz.), erklärte, der Staat sei stark genug, um den politischen Parteien zu gestatten, an die Gewalt als ein notwendiges Mittel zur Schaffung eines neuen Staates zu appellieren. Erst dann, wenn zur Gewalt in der Tat übergegangen werde, habe er die Pflicht, derartige Unternehmungen mit Gewalt zu unterdrücken. Die übrigen Parteien stellten sich auf den Standpunkt, daß man im Strafrecht dem Staate eine wirksame Handhabe geben müsse, um versuchte Angriffe gegen seinen Bestand im Keime zu ersticken. Die Kommunisten verlangten die Beseitigung der Hochverratsparagraphen.

Die Hochverratsparagraphen wurden ohne wesentliche Aenderungen in der Fassung der Beschlüsse der ersten Lesung angenommen. Weiter wurde beschlossen, daß in Zukunft den Verhandlungen die Abstimmungsergebnisse der deutsch-österreichischen Strafrechtskonferenz zugrunde gelegt werden sollen.

Beamtenkabinett in Sachsen.

— Dresden, 7. Mai.

Der sächsische Landtag wählte den Präsidenten des Sächsischen Staatsrechnungshofes, Dr. Schieck, mit 46 Stimmen der Deutschnationalen, des Landvolks, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Volksrechtspartei und der Altsozialisten zum Ministerpräsidenten. Für den Reichstagsabgeordneten Fleißner (Soz.) wurden 32, für den Abgeordneten Renner (Kommunist) 12 Stimmen abgegeben. Fünf Stimmzettel der Nationalsozialisten waren unbeschrieben. Ministerpräsident Schieck wird ein Beamtenkabinett bilden.

Ende Mai Urteil im Matschek-Prozeß.

— Belgrad, 7. Mai.

Im südslawischen Kroatenprozeß in Belgrad sind bisher von 25 Angeklagten 13 vom Staatsgerichtshof vernommen worden. Die meisten Angeklagten widerriefen ihre vor der Polizei gemachten Aussagen; einige gaben zu, an der Herstellung und Aufstellung einer Demonstrations-Höllenmaschine mitgewirkt zu haben. Dr. Matschek, der Führer der kroatischen Bauern, wird erst gegen Schluß des Prozesses vernommen werden. Das Urteil ist nicht vor Ende Mai zu erwarten.

Schließung der Universität Madrid.

Wegen der Studentenkrawalle.

— Madrid, 7. Mai.

In der spanischen Hauptstadt Madrid ist es in den letzten Tagen mehrfach zu Studentenunruhen gekommen, bei denen sogar Todesopfer zu beklagen waren. Die Regierung hat sich nunmehr zu schärfsten Maßnahmen entschlossen, auch wurde die Universität Madrid geschlossen.

Landtag wieder versammelt.

Aber nur bis Sonnabend. — Beratung des Auflösungsantrages.

— Berlin, den 6. Mai 1930.

Der Preußische Landtag nahm heute seine Plenarverhandlungen nach der Osterpause wieder auf. Am Sonnabend erfahren die Plenarverhandlungen eine neue Unterbrechung bis zum 19. Mai. Die Sommerferien werden in diesem Jahre erst spät beginnen, nämlich am 28. Juni.

Den Hauptteil der ersten Sitzung füllte die Beratung des Etats des Landtags aus, mit dem die Beratung eines Antrags der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Landtags verbunden war. Der Auflösungsantrag nimmt auf das Ergebnis der Kommunalwahlen Bezug, das gezeigt habe, daß der Landtag in seiner Zusammensetzung dem Willen der Wählerschaft nicht mehr entspreche. Die Abstimmung über den Antrag erfolgt am Mittwoch. Gerechnet wird mit der Ablehnung des Antrages.

*

Zu Beginn seiner Sitzung verabschiedete der Landtag verschiedene Etatskapitel und Anträge. Angenommen wurde ein Gesetz, durch das die Sondervorschriften für die Gründung von Siedlungen in den Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau und in Berlin aufgehoben und dafür die allgemeinen preußischen Siedlungsbestimmungen eingeführt werden. Desgleichen — in zweiter Lesung — die Beseitigung der Wanderlagersteuerfreiheit für Lebensmittel.

In der Debatte über den Auflösungsantrag wurden neue Gesichtspunkte von den Rednern nicht vorgebracht. Der Haushalt des Landtags wurde alsdann bewilligt, ebenso der Haushalt des Staatsrats und der Preußischen Staatsbank.

Neurath und Sthamer in Berlin.

Bülows Ernennung zum Staatssekretär in Kürze zu erwarten.

— Berlin, 7. Mai.

Im Zusammenhang mit dem angekündigten Botschafter-Wechsel trifft am heutigen Mittwoch der deutsche Botschafter in Rom, Freiherr von Neurath, in Berlin ein. Der deutsche Botschafter in London, Sthamer, weilt bereits in Berlin und ist auch schon vom Reichspräsidenten empfangen worden.

Der Wechsel in der Leitung der deutschen Botschaften in London und Rom dürfte erst im Herbst erfolgen. Die Ernennung Bernhard von Bülows zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wird aber schon zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt erwartet. Auf der Maitagung des Völkerbundsrates wird Deutschland noch durch Staatssekretär Schubert vertreten werden.

— In der Provinz Burma in Indien hat sich ein Erdbeben ereignet, dem zahlreiche Personen zum Opfer gefallen sind.

---

2. Durch die geplante Abschaffung wird die ohnedies schon beschränkte Aufsichtsgewalt der Volksschule noch mehr geschmälert. Das ist um so bedenklicher, als sich in der unreifen Jugend unter dem Einfluß übler Gepflogenheiten des öffentlichen Lebens eine wachsende Mißachtung jeder Autorität bemerkbar macht.

Wir verlangen dagegen die Beibehaltung der Zensuren

1. weil sie uns die Möglichkeit eines gerechten Ausgleichs in der Beurteilung solcher Kinder gewähren, die wegen mangelnder Begabung Minderleistungen in den einzelnen Unterrichtsfächern aufzuweisen haben;

2. weil sie beim Eintritt der Schulentlassenen in das Leben als wichtigste Unterlage für die berufliche Wertung der Kinder nicht entbehrt werden können.

Soweit eine Abschaffung dieser Zensuren erfolgt ist, fordern wir die Wiedereinführung.

Wir halten eine grundsätzliche Aenderung unserer gegenwärtigen Ferienordnung und in Verbindung damit eine Verlegung des Schulanfanges aus folgenden Gründen für unrichtig:

1. Zusammenhängende Ferien von größerer Ausdehnung stellen für das Leben der Familien, aus denen hauptsächlich unsere Volksschüler stammen, eine unerträgliche häusliche Belastung dar, da es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht einmal auf dem Lande, geschweige denn in der Stadt möglich ist, die Kinder auf längere Zeit hinaus mit angemessener häuslicher Arbeit so zu beschäftigen, daß sie dem verderblichen Einfluß der Straße genügend entzogen werden. Die meisten Familien würden auch infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht imstande sein, in der Gewöhnung der Kinder zur Ordnung, Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit die Arbeit der Schule zu ersetzen.

2. Eine allzulange Ferienzeit stört die unterrichtliche Tätigkeit der Schule in erheblichem Maße. Schon heute muß man die Erfahrung machen, daß es nach einer längeren Ferienzeit einer besonderen Wiederholung bedarf, um die unterbrochene geistige Arbeit wieder in Gang zu bringen.

3. Wie die Erfahrung bestätigt, bringt auch eine übermäßig ausgedehnte Ferienzeit nicht den erwarteten gesundheitlichen Nutzen. Für gesunde Kinder genügt die durch unsere gegenwärtige Ferienordnung gewährleistete Ausspannung, zumal unsere heutige Pausenordnung sowie die größere Berücksichtigung der Leibespflege im Rahmen des Schulunterrichts einen ausreichenden Ausgleich gegenüber der geistigen Arbeit darstellt. Für die Erholung körperlich schwacher oder kranker Kinder wird dagegen durch gelegentliche Beurlaubung und Unterbringung in Erholungsstätten in besserer Weise als durch Verlängerung der Ferien gesorgt.

4. Endlich ist auch eine völlige Gleichlegung aller Schulferien in ganz Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen nicht günstig, weil infolge des großen Andranges vielen Familien die Möglichkeit genommen würde, Bäder, Sommerfrischen oder andere Erholungsstätten aufzusuchen.

Gesundheitsgemäße Ernährung.

Die Art der menschlichen Ernährung spielt sowohl in unserem körperlichen als auch in unserem geistigen Leben eine wesentliche Rolle und es ist in den letzten Jahrzehnten von bedeutenden Forschern auf diesem Gebiete schon vielfach nachgewiesen worden, welch' verschiedenen Einfluß auf Verdauung und Ernährung, Gesundheit, Leistungsfähigkeit, Lebensdauer und Sterblichkeit gerade die von uns genossene Nahrung hat. Man hat die Erfahrung gemacht, daß, während der Genuß richtig gewählter Kost, über die körperliche Behaglichkeit hinausgehend, selbst die geistige Entwicklung fördert und uns körperlichen und geistigen Anstrengungen gegenüber stählt, eine falsche Ernährungsweise den Körper in seinem Aufbau hemmt und verkümmert.

Das Kochen ist heute selbst eine Wissenschaft geworden. Mit der Gedankenlosigkeit von gestern muß gebrochen werden. Wenn man auch nach naturwissenschaftlichen Lehren allein nicht kochen kann, so ist doch die Zubereitung der Speisen, diesen angepaßt, die richtige Kochkunst von heute.

Die Folgen einer falschen Ernährung zeigen sich in mehrfacher Richtung. Sie vermindert unsere körperliche und geistige Arbeitskraft, macht uns krank und verkürzt unser Leben. Der Fluch fehlerhafter Ernährung trifft aber nicht nur uns selbst, sondern auch unsere Nachkommen. Auf schwächliche Eltern folgen noch schwächlichere Kinder, deren Leben durch Krankheit verbittert und erschwert wird.

Ist aber, so wird man fragen, nicht ein großer Teil der Menschen gezwungen, sich mit mangelhaft zubereiteter Nahrung zu begnügen, weil die Kunst der Herstellung dieser nach gesundheitlichen Rücksichten allzu wenig bekannt ist und es keine Möglichkeit gibt, besonders für solche, die genötigt sind, ihre Mahlzeiten außer dem Hause einzunehmen, eine Stelle zu finden, da auf solche Grundsätze zur Erhaltung der Gesundheit, zur Unterstützung der Heilung von Krankheiten Rücksicht genommen wird?

Diesem weitverbreiteten Bedürfnis entgegenzukommen, haben Bielefelder Frauen sich zur Aufgabe gemacht. Nach eingehendem Studium der Ernährungsfrage für Gesunde und Kranke, durch Veranstaltung von Kursen sind sie zu dem Entschluß gekommen, eine „Neue Stätte" für Reformernährung zu gründen, die sich einstellt auf Pflanzen- und Fruchtkost und auch auf ärztlich vorgeschriebene Diät besondere Rücksicht nimmt, z. B. auch Rohkost bereit hält und salzlose Gerichte herstellt.

Als Getränke werden unvergorene Fruchtsäfte und Milch verabreicht werden, daneben Kaffee usw.

Der Deutsche Frauenbund für alkoholfreie Kultur, der bereits in vielen größeren und kleineren Städten alkoholfreie Lokale besitzt, hat durch seine Ortsgruppe Bielefeld in einem von der Stadt gemieteten Lokal, Neustädterstraße 14, diese „Neue Stätte" gegründet, in welcher Ratschläge zur Herstellung von Speisen und Getränken nach den Grundsätzen moderner Ernährung für Gesunde und Kranke erteilt werden sollen, so daß sie zu einer Heimstätte für eine neue gesunde Lebensweise ausgestaltet wird.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 7. Mai 1930.

= **Staatssekretär Schmid**, der im Verlaufe einer Reichstagsabstimmung gegen das Kabinett Müller gestimmt hatte und seitdem in Urlaub weilt, kehrt am Donnerstag in das Ministerium für die besetzten Gebiete zurück.

:: **Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund** fordert in einer Entschließung einen verstärkten sozialen Schutz, die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe und die Einführung einer unbegrenzten Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung.

Rundschau im Auslande.

: Die polnischen Bemühungen in Paris um eine Auslandsanleihe sind dem Vernehmen nach abermals gescheitert.

: König Boris von Bulgarien nahm zum ersten Mal seit seiner Thronbesteigung an einer Veranstaltung der deutschen Gesandtschaft in Sofia teil.

: Das Sowjetpräsidium hat 600 wolgadeutschen Kolonisten das Wahlrecht wieder verliehen. Entzogen worden war es ihnen wegen ihrer Auswanderungspläne.

*

Der Goldbestand der Welt.

: Nach einer amerikanischen Statistik entfallen von einem Gesamtgoldbestand von rund 41 Milliarden Mark etwa 16 Milliarden Mark (37,9 Prozent) auf die Vereinigten Staaten. An zweiter Stelle steht Frankreich mit 6,3 Milliarden Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet ist der französische Goldbestand mit rund 160 Mark um 30 Mark größer als der amerikanische. Frankreich steht hinsichtlich des Goldbestandes also an der Spitze aller Länder.

Neue Sabotage der Abrüstung.

Keine Sommer-Tagung der vorbereitenden Kommission.

Der Präsident der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes, Loudon, weilt gegenwärtig in Genf und verhandelt mit den im Sicherheitsausschuß vertretenen Regierungen über die Wiedereinberufung des vorbereitenden Abrüstungskomitees.

Die Aussprache ist im Augenblick noch nicht abgeschlossen, doch steht schon jetzt fest, daß die meisten Regierungen angesichts des unbefriedigenden Ergebnisses der Londoner Flottenkonferenz keine Neigung haben, noch in den Sommermonaten neue Besprechungen über das gleiche Thema zu eröffnen. Der deutsche Standpunkt, daß eine weitere Verzögerung der Abrüstungsarbeiten nach der Sabotage der letzten Jahre nicht mehr verantwortet werden kann, scheint nirgends Unterstützung zu finden.

Loudon ist bemüht, eine Komiteetagung für den 20. Oktober zustandezubringen, also erst nach der Herbstversammlung des Völkerbundes. Die endgültige Entscheidung über die Wiedereinberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission wird während der Mai-Tagung des Völkerbundsrats getroffen werden.

Panzerwagen in Kalkutta.

— London, 7. Mai.

Im Verlaufe der indischen Demonstrationen wegen der Verhaftung Gandhis ist es in Bombay und Kalkutta zu Unruhen gekommen. In Kalkutta wurden mehrere Polizeibeamte verletzt. In den Straßen der Stadt patrouillieren Panzerwagen der Polizei. Die Truppen befinden sich in Alarmbereitschaft.

In Lahore wurden auf die Nachricht von der Verhaftung Gandhis hin alle Schulen geschlossen. Fünfzehn freiwillige Mitglieder des Kongresses wurden bei der Bildung von Posten vor den Geschäften, die ausländische Stoffe verkaufen, verhaftet.

Letzte Meldungen.

Das Reichskabinett berät über die Osthilfe.

— **Berlin**, 7. Mai. Das Reichskabinett beriet am Dienstagnachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther sehr eingehend über das Hilfsprogramm für den deutschen Osten. Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Abgelehnte Haftentlassung in Altona.

— **Altona**, 7. Mai. Hier fanden mehrere Haftprüfungstermine in der Bombenangelegenheit statt. Die Entlassung des Angeschuldigten Rehling-Mülheim-Ruhr wurde wegen Fluchtverdachts abgelehnt, desgleichen die des Johnsen-Husum; dagegen wurde der Landwirt Rathier-Bargenfeld gegen Stellung einer Kaution von 30 000 Mark aus der Haft entlassen.

Die Fürstenabfindung in Hessen.

— **Darmstadt**, 7. Mai. Die Vereinbarungen zwischen dem ehemaligen Großherzog von Hessen und dem Volksstaat Hessen, die im Jahre 1928 vom hessischen Landtag beschlossen wurden, sind in Anwesenheit des vormals regierenden Großherzogs und seiner beiden Söhne sowie sämtlicher Mitglieder des hessischen Ministeriums gesetzlich beurkundet worden. Damit ist die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem hessischen Staat und dem ehemaligen Großherzog im beiderseitigen Einverständnis zum Abschluß gebracht worden.

Die Verschleppung der Abrüstungsverhandlungen.

— **Genf**, 7. Mai. Aus den Besprechungen, die der Präsident des vorbereitenden Abrüstungsausschusses mit den hier anwesenden Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens, ferner mit dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch und dem amerikanischen Gesandten Wilson führte, hat sich ergeben, daß jetzt eine Verschiebung der Tagung des Abrüstungsausschusses auf den Oktober oder November als feststehend angesehen wird. Präsident Loudon beabsichtigt im Hinblick auf die großen Gegensätze in dieser Frage, die endgültige Entscheidung der September-Vollversammlung des Völkerbundes zu überlassen, jedoch dürfte die Abrüstungsfrage auf der in der nächsten Woche beginnenden Tagung des Völkerbundsrates eine größere Rolle spielen.

Trauertag wegen der Verhaftung Gandhis in Ostafrika.

— London, 6. Mai. In ganz Ostafrika fand anläßlich der Verhaftung Gandhis ein nationaler Trauertag statt. Alle Arbeit wurde eingestellt.

Wieder zwei britische Flugzeuge abgestürzt.

— **London**, 7. Mai. In Hampton (England) stürzte ein Flugzeug ab; der Pilot, ein früherer Offizier, wurde getötet. In Peschawar (Indien) stürzte ebenfalls ein britisches Flugzeug ab. Der Beobachter wurde getötet, der Führer schwer verletzt.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bücheburg.** Die **Zeltevangelisation**, die vom 11. Mai bis 1. Juni auf dem Neumarktplatz stattfindet, rückt näher. Die Eröffnungsversammlung ist für Sonntag, den 11. Mai, nachmittags **4 Uhr**, vorgesehen; am Himmelfahrtstage, nachm. **3,15 Uhr**, feiert der hiesige Jugendbund für E.C. sein Jahresfest im Zelt. Als Redner kommen für die Dauer der Evangelisation die Herren Bundessekretär Neumann-Berlin, Bundessekretär Weber-Berlin und Pred. Dallasera-Bad Salzungen.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Vater Bodelschwinghs treuste Gehilfin! Abdruck aus „Friedrich von Bodelschwingh, Ein Lebensbild", verfaßt von seinem zweiten Sohne Pastor Gustav von Bodelschwingh. Verlag der Schriftenniederlage der Anstalt Bethel. Der Preis des Heftes beträgt ℳ 0,10; 10 Stück portofrei.

Zur rechten Zeit erscheint das kleine Heft für den Muttertag. Ein schlichtes Bild einer treuen Mutter, die durch besondere Tiefen des Leides geführt, von Menschen gelöst und ganz auf Gott gestellt war.

Gerade in dieser Notzeit wird niemand das Heftchen ohne inneren Gewinn aus der Hand legen, das anschaulich lehrt: „Durch Stillesein und Hoffen werde ich stark sein."

Für alle erwiesene Liebe und Aufmerksamkeit zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich

Diakon Fr. Grünhoff und Frau

Heute morgen 8¾ Uhr ist unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Fräulein Emma Bartel

nach langem Leiden, im 67. Lebensjahre sanft und friedlich heimgegangen.

Im Namen der Familie

Mathilde Bartel-Ranft.

Bethel, den 6. Mai 1930.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Konrad Beckhaus

Abendandachten

„Gerecht und heilig aus Gnaden". Ausgewählt und hrsg. von W. Burgbacher. 133 S. 1930. Mit Bild. Preis in Geschenkband mit Goldaufdruck 2.40 Mk., geb. 3,50 Mk.

Die Abendandachten, die B. regelmäßig in seiner St. Kilianikirche zu Höxter hielt, atmen diesen Geist des „Gerecht und heilig aus Gnaden". Sie wurden seit 1900 durch das „Blaue Monatsblatt" regelmäßig der weiteren Gemeinde M. N.'s bekannt und möchten nun auch in Buchform (aufgenommen sind 27 Andachten) zu rechter Erbauung dienen. Besonders aber freuen sich die alten Freunde, daß mit diesem Andachtsbuch nun auch die Predigtbände von Konrad Beckhaus (bei Bertelsmann, Gütersloh; 2 Bände, geb. je 7 Mk.) wieder des öfteren genannt werden sollen. Sein Bild, das dem Büchlein beigegeben ist, wird vielen eine besondere Freude sein.

C. Bertelsmann / Verlag in Gütersloh

Zum Muttertag!

„Vater Bodelschwinghs treueste Gehilfin"

Diese Schrift ist ein Sonderabdruck aus Vater Bodelschwinghs Lebensbild, das von seinem Sohn Pastor Gustav v. Bodelschwingh verfaßt ist. Die Lebensgefährtin Vater Bodelschwinghs stand nicht allein in Freud und Leid ihm treu zur Seite, sondern sie durfte darüber hinaus auch der Gemeinde der Elenden ein Segen sein.

Das Schriftchen, das zum Preise von **10 Pfg.** durch die **Schriftenniederlage, Bethel b. Bielefeld,** Postscheckkonto Hannover 49657, bezogen werden kann, ist zur Massenverbreitung geeignet. Bei 10 Stück portofreie Zusendung.

Zum 15. Mai arbeitsfreudiges, zuverlässiges, solides

Hausmädchen

nicht unter 20 Jahren gesucht. Familienanschluß wird gewährt. Meldungen mit Bild und Zeugnissen an

Schw. Hilde, Kinderheim, Heinrichstift, Wernigerode am Harz, Kaiserstr. 48.

Gesucht wird zum 1. Juli eine christlich erzogene, jüngere

Privatsekretärin

mit guter Allgemeinbildg., Stenotypistin, für Zeitungsverleger. Angebote mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnissen und Forderungen unter A 6559 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Jung. Mädchen

22 J., aus gut bürgerl. Hause mit Kochen u. allen Hausarb. bestens vertraut, **sucht Stellung** für sofort oder später, evt. auch Geschäftshaushalt. Gute Zeugnisse. Angebote unter A 6562 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Flügel-Gelegenheitskauf

fast neu, 1,55 lang, sehr preiswert abzugeben.

FESTING

PIANOFORTEFABRIK

60jähriger früherer Pastor in Amerika muß sein in fränk. Dorf von Eltern geerbtes altes Wohnhaus baulich herstellen.

Wer könnte

gegen Sicherung sonniger Wohnung mit Gartenanteil (viel Obst)

helfen?

Auch sucht er jg. fehlerfreie **Milchkuh** zu mäßigem Preise, weil bisherige durch Unglück verloren. Näheres briefl. unter A 6560 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost **Ebert**

Bonneckenstein-Hochharz unweit Braunlage

Pastor Felkekuren. Prosp. frei!

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-garant. **Honigs**

10 Pfd. Dos. 11. 20 RM, vorwiegd. **Klee-Lindenblüte** 12.90 RM, halbe Dos. 6.35 RM u. 7.40 RM, 1½ Pfd. Dos. 2.05 RM u. 2.30 RM frei Haus. Nachnahme 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.

Lehrer i. R. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.

Dieser Honig ist auch in **Ophir,** vereinigte Verkaufsstellen der **Anstalt Bethel, zu haben.**

Anzeigen aus Bethel.

— **Trockenes Anmacheholz** hat abzugeben **Morija.**



Ergiebige, kräftige Lauge, das Haupterfordernis für eine gute Wäsche, erhalten Sie durch Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke Schwan. Schwanpulver ist das anerkannt gute, sparsame und billige Waschmittel. Verwenden Sie dazu Seifix zum Bleichen, und Sie werden stets erfreut sein über die blütenweiße, frisch duftende Wäsche, die Sie erzielen.

Seit 50 Jahren stets bewährt

Wie ist die Luft draußen?
Was muß ich anziehen?

Diese Fragen beantwortet Ihnen ein **Fensterthermometer**

Niedriger Anschaffungspreis.
Unbegrenzte Haltbarkeit.

H. Breder, Optiker, Bielefeld
Gütersloherstr. 14 Fernruf 1012

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.